

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Gründerstraße 3-5 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhof 2500-2502

Druckbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 202-203
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Severing antwortet!

Abrechnung mit Kommunisten und Deutschnationalen.

Präsident Seinerl begrüßt bei Eröffnung der Landtagsitzung unter Beifall des Hauzes den Abg. Kluchmann (Soz.), der während des passiven Widerstandes von den Belgiern zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde und jetzt nach siebenmonatiger Haft zurückkehrt ist.

Die aus der Aussprache über die Not des Volkes noch vorliegenden Anträge auf Maßnahmen zur Bänderung der Notlage werden angenommen. Ein Zentrumsantrag über die Einnahme von Notgeld durch die Reichsbankstellen geht an den Ausschuss für Handel und Gewerbe, der Antrag der Volkspartei über die Besondereinrichtung an den Hauptauschuss.

Abg. Sobotta (Komm.) beantwortet die Besprechung einer weiteren großen Anfrage, in der Beschwerde geführt wird über polizeiliche Übergriffe gegen Arbeiter im besetzten Gebiet.

Minister des Innern Severing:

Der Abg. Sobotta hätte besser getan, diesen Vorfall nicht wie aus der Piste geschossen, hier als Große Anfrage zur Sprache zu bringen, sondern uns vorher davon Mitteilung zu machen, dann hätte ich den Fall hier heute behandeln können. Was vorgebracht wurde, kann ich nicht als Ergebnis einer objektiven Untersuchung bezeichnen; ich habe vielmehr die Erfahrung gemacht, daß ihre (zu den Kommunisten) Beschwerden allermeist erfundene oder stark übertrieben waren. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Schon heute darf ich sagen, daß die Polizei im besetzten Gebiet unter den schwersten Rechtfertigungen ihre Pflicht tun muß, und daß es menschlich begreiflich ist, wenn sie zu harten Maßnahmen greifen mußte. Ich mache darauf aufmerksam, daß im Kreise Dinstolen vor einiger Zeit zwei Polizeibeamte von Ihren Anhängern buchstäblich erschlagen worden sind. (Zurufe bei den Kommunisten: Sie werden es wohl verdient haben! — Sturm der Entrüstung im ganzen Hause.) Wir haben es heute mit nicht weniger als 21 Großen Anfragen zu tun. Wenn in Großen Anfragen eine Überproduktion entsteht, so verlieren sie an parlamentarischen Wert und an Aktualität. Wenn ein Abbau von Beamten betrieben werden soll, um den Etat mit den Finanzen in Einklang zu bringen, so darf die Arbeitskraft der einzelnen Ministerien nicht in dieser Art in Anspruch genommen werden.

Den Kommunisten erkläre ich, wenn sie fortfahren, in den Anfragen an mein Ressort den Ton anzuschlagen, wie er in den letzten großen Anfragen angeschlagen ist, so werde ich mir die Freiheit nehmen, diese großen Anfragen nicht zu beantworten. (Beifall rechts und in der Mitte.) Was der Abg. Kahl sich in seinen großen Anfragen an Beschimpfungen der Beamten herausgenommen hat, hätte er sich hier nicht erlauben dürfen, ohne zur Ordnung gerufen zu werden. Die ersten drei großen Anfragen der Deutschnationalen sind überholt. Die Anfrage wegen des Verbots rechtsgerichteter Blätter betreffend, so hat die preussische Regierung das Gesetz zum Schutze der Republik nicht erlassen, nicht einmal die Anordnung dazu gegeben; nachdem es aber erlassen ist und nachdem es der Polizeiverwaltung nicht nur das Recht gegeben, sondern auch

die Pflicht auferlegt hat, den Vorschriften dieses Gesetzes Achtung zu verschaffen, ist die Polizei bei Verletzungen dieses Gesetzes zum Einschreiten verpflichtet, und ich kann deshalb ein Abgehen von dem von der Regierung eingeschlagenen Wege nicht in Aussicht stellen. Uebrigens sind die Gründe des Verbots den betreffenden Blättern mitgeteilt worden. Die ein Jahr alte große Anfrage betreffend die Verabschiedung der ostpreussischen Landräde Luwers und v. Braun hat ja den Landtag schon früher beschäftigt, und ich glaube die Angelegenheit für erledigt. Ich hatte damals erklärt, daß ganz allgemeine dienstliche Gründe für die Verabschiedung der beiden Herren in Frage gekommen seien, und ich habe im Hauptauschuss auch einige Beschwerden von Kreisangehörigen gegen die beiden Herren bekanntgegeben. Die vorausgesetzte kolossale Empörung über die Verabschiedung mag in den deutschnationalen Zeitungstexten ausgebrochen sein, sie ist aber nicht eingetreten in den in Betracht kommenden Bevölkerungskreisen.

Nach der Abberufung wurden unerhöhte Protestationen auf die Staatsregierung ausgeübt, die einer Rötigung gleichkommen. So wurde gedroht mit einem Lieferstreik der Landwirtschaft

(Beifall links), mit Nichterfüllung der Getreideumlage, mit einer Amtsenthebung der Gemeindevorsteher (Erneutes Heil hör!). In Stuhl wurde der Nachfolger mit 18 von 19 Stimmen vorgeschlagen; als er sein Amt angetreten hatte, ist Ruhe im Kreise eingetreten. Die in Aussicht gestellten Erklärungen sind ausgeblieben. (Andauernde Unruhe und Zurufe rechts.) Solche Drohungen können aber auf die Staatsregierung keinen Eindruck machen. Im Kreise wurde der neue Landrat Dr. Kugel von der deutschnationalen Presse mit großen Lobeshochrufen begrüßt. Als sich dann herausstellte, daß er Sozialdemokrat sei, schrieb die „Deutsche Tageszeitung“, man habe ihn doch zu nützlich beurteilt. (Schallende Heiterkeit.) Die Frage in der deutschnationalen Interpellation, ob das Staatsministerium bereit sei, für die Zukunft durch verständnisvolle Berücksichtigung der wirtschaftlichen, politischen und nationalen Belange Ostpreußens den für Deutschland und Preußen ebenso wie für die Provinz Ostpreußen gefährlichen und verderblichen Restlosungsbestrebungen jede Grundlage zu entziehen, beantwortete ich mit einem klaren Ja. Im übrigen erinnere ich die Herren von der äußersten Rechten bei Ihren Klagen über die politische Parteilichkeit der Beamten daran, daß in Ostpreußen der größte Teil von ihnen deutschnational ist.

Der Minister geht dann über zu der deutschnationalen Anfrage über die Auflösung des Nationalverbandes deutscher Soldaten. Wenn der Nationalverband deutscher Soldaten sich anständig, die Aufgaben im vergangenen Jahre verbolterter Verbände aufzunehmen, wenn er seine Mitglieder ausruft und zu einem bewaffneten Vorstoß organisiert, so hat die Staatsregierung die Pflicht, auf Grund des Schußgesetzes solche Verbände aufzulösen. Die Auffassung der Staatsregierung über illegale Verbände bleibt dieselbe, sie wird nach wie vor gegen solche Organisationen vorgehen. (Fortsetzung des Berichts in der Morgenausgabe.)

Tschechische Politik.

Von Rudolf Sillong.

Prag, 10. Dezember 1923.

Der Staatsratsantrag der Tschechoslowakei wurde am 30. November in einer auffallend ruhigen Sitzung des Prager Abgeordnetenhauses genehmigt. Weder die Deutschnationalen, noch die Kommunisten bereiteten der parlamentarischen Entscheidung des Budgets Schwierigkeiten, ja sie traten ziemlich gemäßigt auf. Diese Eintracht zur Ruhe ist für die weitere Entwicklung der Dinge in der Tschechoslowakei von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Sollten sowohl die deutschen Parteien als auch die Kommunisten ihre bisherige obstruktionelle Taktik aufgeben und in eine „loyale Opposition“ treten, wäre dies ein weiterer und politisch wichtiger Schritt zur Konsolidierung des gesamten tschechoslowakischen Staatswesens. Was die Kommunisten anbelangt, muß bemerkt werden, daß diese, seitdem sie gezwungen sind, in den Gemeinderatstratungen, besonders im Prager Rathaus, wo ein kommunistischer Bürgermeisterstellvertreter sitzt, zu arbeiten und auch eine Verantwortung für ihre Tätigkeit tragen, viel von ihrem Revolvertum eingebüßt haben. In ihren Blättern bemühen sie sich zwar noch immer lebhaft, durch starke Worte, revolutionär klingende Sätze und persönliche Anrede der Sozialdemokraten die Massen zusammenzuhalten, ihre Politik neigt jedoch immer mehr dem Opportunismus zu, und es scheint, daß die gemäßigtere Richtung des Dr. Schneral in der kommunistischen Partei allmählich die Oberhand gewinnt. Ihre Anhänger beginnen sich dessen bewußt zu werden, daß die Zeit des kommunistischen Radikalismus in der Tschechoslowakei endgültig vorbei ist und daß auch die Arbeiterschaft statt Worte Taten verlangt.

Der Staatsratsantrag steht im Zeichen der Deflation. Die Ausgaben wurden vermindert und auch die Ansprüche des Staates gegenüber der Bevölkerung ein wenig herabgesetzt. Der tschechoslowakische Staat ist bereits seit langem finanziell insolvent, die Industrie ist jetzt ziemlich gut beschäftigt, und die Arbeitslosigkeit, welche früher erschreckende Formen angenommen hat, nimmt immer mehr ab. Die Deflation scheint für den Augenblick abgeschlossen zu sein, was sich auch in der Stabilisierung des Kronenturmes, welcher nur unbedeutenden Schwankungen ausgesetzt ist, nach außen kundgibt. Eine Folge der Deflationspolitik ist der jetzige Bargeldmangel in Prag (verstärkt gleichzeitig durch den stetigen Geldbedarf der Industrie), welcher zur Erhöhung des offiziellen Bankzinsfußes geführt hat. Dagegen kann man im täglichen Leben nicht viel von den gepriesenen Wirkungen der Deflationspolitik bemerken. Trotz der Herabsetzung der Arbeiterlöhne und Gehälter der Staatsbeamten und Angestellten ist noch immer kein entsprechendes Nachlassen der Teuerung in der Tschechoslowakei zu bemerken. Die Geschäftsleute, welche über hohe Steuern klagen, verlangen, daß sich der Staat zuerst selbst seiner eigenen Deflationspolitik anpasse und durch Verminderung aller finanziellen Lasten seiner Bürger den Abbau der Teuerung ermögliche. Aber noch mehr als der Staat ist an der Teuerung die Gewinnsucht aller kapitalistischen Kreise schuld.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie strebt zur Verbilligung aller Waren eine Veränderung in der bisherigen Handelspolitik an, auf deren Mängel von allen Seiten öffentlich hingewiesen wird. Sie empfiehlt zu diesem Zwecke die Dämpfung der Grenzen für die freie Einfuhr aller Waren aus dem Auslande, also eine Abschaffung des bisherigen Bewilligungsverfahrens. Zwar wurden in letzterer Zeit zahlreiche Erleichterungen für die Einfuhr geschaffen, trotzdem läßt die Außenhandelspolitik noch sehr viel zu wünschen übrig.

Die Kriegsanleihefrage, welche fünf Jahre lang alle Gemüter in Aufregung setzte, wird in der aller nächsten Zeit — nach den Worten des Finanzministers — „einer definitiven Entscheidung zugeführt“ werden. Es wäre zu wünschen, daß die Regelung dieser Frage in der Weise erfolge, daß sie auch einen Schritt zur tschechisch-deutschen Annäherung bedeute. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie tritt in der Kriegsanleihefrage den Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit, sie verlangt also in erster Reihe die Berücksichtigung aller kleinen und mittellosen Zeichner, der humanen Umstände und der Lombardschuldner.

Sowohl das Ressort des Handelsministers als auch das des Finanzministers sind in den Händen von Angehörigen der nationaldemokratischen Partei, die das Großkapital repräsentiert. Der Finanzminister Becka, der Präsident der größten tschechischen Bank, der Zivnostenska banka, gilt sogar als Exponent des Finanzkapitals. Ende November war er schon nahe daran, zu demissionieren, da sein Plan auf Erhöhung der Umsatzsteuer, die eine neue Teuerungswelle zur Folge gehabt hätte, vom Ministerrat nicht angenommen wurde. Doch wurden die Differenzen in der Regierung noch beigelegt. Trotzdem scheint es, daß die Lage des jetzigen Finanzministers gezählt sind und er bald einem unabhängigeren Manne weichen muß.

Die allgemeine Sozialversicherung (Alters- und Invaliditätsversicherung), über die das Parlament jetzt zu verhandeln beginnt, wird der Arbeiterschaft zeigen, welche fruchtbringende Arbeit die Sozialdemokratie für sie geleistet hat. Aber außer der Sozialversicherung arbeitet die tschechoslowakische Sozialdemokratie noch an anderen einschneidenden Reformen. Der Klub der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Abgeordneten hat den Koalitionsparteien einen großen Arbeitsplan vorgelegt, von dessen zahlreichen Punkten insbesondere hervorgehoben zu werden verdienen: der gesetzliche Schutz der Kollektivverträge, gesetzliche Ar-

Vandervelde gegen Theunis.

Kapitalistische und sozialistische Reparationspolitik.

Brüssel, 13. Dezember. (U.) Die belgische Kammer hat gestern über das Budget für das Verlehrsweisen verhandelt. Im Verlauf der Sitzung kam es zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen dem Ministerpräsidenten Theunis und dem Sozialistenführer Vandervelde. Dieser hatte kurz die Gründe auseinandergesetzt, aus denen die Sozialisten nicht für das Budget stimmen könnten, weil die Regierung die produktiven Ausgaben, zumal diejenigen für die öffentlichen Arbeiten und das Unterrichts- und soziale Reformen usw. allzu sehr einschränkte, während die Kriegsausgaben ins Ungemessene anwachsen und die öffentliche Schuld, die beinahe 40 Milliarden betrage, für den Steuerzahler eine nahezu unerträgliche Last bedeutet. „Im Hinblick auf die Reparationen sind wir

nicht einen Schritt weitergekommen.

Alles, was wir nach der Aufhebung der Besatzung erhoffen können, ist die Wiederherstellung der Lage von 1922. Um das zu erreichen, mußte die Militärdienstzeit verlängert werden. Auch die Lebensmittelpreise sind gestiegen. Ohne Zweifel ist die Besetzung nicht die einzige Ursache davon, doch hat sie erheblich dazu beigetragen. In einem trüben Horizont sehen wir nur einen schwachen Hoffnungsschimmer aufstehen.

Die Unmöglichkeit des Kapitalismus, das Reparationsproblem zu lösen, ist klar erwiesen.

In England bereits die Arbeiterpartei ihren Aufstieg auf Nacht vor. Es ist zu hoffen, daß die Demokraten in Frankreich bei den nächsten Wahlen Erfolge davontragen, die ihnen die Fortsetzung ihrer Aktion und gleichzeitig die Begründung des Westfriedens ermöglichen.

Theunis erwiderte darauf, daß die öffentliche Schuld die große Sorge der Regierung ausmache, und daß diese für deren ungeheures Anwachsen aber nicht verantwortlich gemacht werden könne. Vandervelde habe die Kriegsausgaben kritisiert. In Belgien sei niemand militärisch, doch hätten die Belgier allen Grund, eine starke Armee zu unterhalten. Die Besteuerung des Kapitals sei eine Forderung. Betreffend die Reparationen sei sich alle Welt schuldig, daß, wenn die interalliierten Schulden gelöst würden, das gesamte Problem mit Beichtigkeit gelöst werden könne. Habe Ramsay MacDonald trotz des frankfurter Programms nicht in einem Interview mit einem Vertreter des „Matin“ erklärt, daß er die interalliierten Schulden einfordern würde?

Vandervelde rief bei diesen Worten des Ministerpräsidenten: Wenn Ramsay MacDonald das erklärt haben sollte, würde er sich in schroffen Widerspruch mit den von der englischen Arbeiterpartei eingegangenen Zusicherungen gesetzt haben!

Theunis erklärte darauf, er wolle der Diskussion keine allzu scharfe Wendung geben, und hoffe, daß die frugale Unterredung nicht den Leuten entspreche. Vandervelde löste Ramsay MacDonald veranlassen, zur Lösung des Reparationsproblems auf die interalliierten Schulden zu verzichten.

Im Namen seiner Partei verlas Vandervelde zum Schluß folgende Erklärung: „Dieser Unterredung, die ich mit äußerster Vorbehalten aufnehme, halte ich die schriftlichen Versprechungen entgegen, durch die Ramsay MacDonald sich für die Annäherung einsetzte. Wenn er, sobald er an die Spitze der englischen Regierung tritt, seine Versprechungen nicht halten würde, so würde die Belgische Arbeiterpartei als erste ihn daran erinnern.“

Ein Tementi Macdonalds.

London, 12. Dezember. (U.) Macdonald hat über kein Interview mit dem „Matin“ folgende Erklärung veröffentlicht lassen: Der Bericht über meine Unterredung ist nicht korrekt. Ich habe gesagt, daß, wenn keine allgemeine Regelung erfolgt, wir nicht fortfahren können, unsere Schulden an Amerika zu bezahlen und gleichzeitig Frankreich, daß in einer besseren Lage ist als wir, gestatten können, seine Verpflichtungen uns gegenüber außer acht zu lassen. In dem, was ich tatsächlich gesagt habe, ist nichts enthalten, was mit irgendeiner Regelung in Widerspruch steht, über die wir uns bereits auf einer internationalen Konferenz geeinigt haben. Wir werden niemals ein Zugeständnis machen, das Großbritannien schädigt, während es anderen Staaten Vorteile gewährt.

Die rheinische Goldnotenbank gegründet.

Köln, 12. Dezember. (U.) Heute nachmittag warden die Verhandlungen über die Gründung der rheinisch-westfälischen Goldnotenbank zwischen der deutschen Bankiergruppe und Vertretern der französisch-belgischen und der neutralen Gruppe fortgesetzt und zum Abschluß gebracht. Ueber alle Punkte wurde eine Einigung erzielt. Die Statuten wurden festgelegt. Sie werden nunmehr der Reichsregierung und der Rheinlandkommission vorgelegt werden.

Veränderungen in der Reparationskommission. Der zweite Delegierte Italiens in der Reparationskommission, Ameglio, verläßt seinen Posten; er wird ersetzt durch Generalissimo Corfi, der zuletzt italienischer Vertreter der Reparationskommission in Berlin war. Auch der zweite belgische Delegierte Bemeimans verläßt am 15. Dezember seinen Posten, er wird ersetzt durch den jetzigen Ratsmitglied des belgischen Ministerpräsidenten Gutt.

Stabile Kurse.

Dollar amtlich 4,2 Billionen.

...vermittlung, Arbeiterkammern, gesetzliche Ur-
laube für Arbeiter und Lehrlinge, Unfallversicherung der
Landarbeiter, Baupflicht, Mutterkassenschutz, gesetzliche Rege-
lung und Schutz des Genossenschaftswesens, Invaliden- und
Kriegsbeschädigtenfürsorge, Festsetzung des Mindestlohn bei Dar-
lehen, Einlegerische und Revision der Geldinstitute.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie verheißt sich zwar
nicht, daß parlamentarische Erledigung des Gesetzes über
die Sozialversicherung sowie die weitere Durchführung einzelner
der genannten Punkte einen großen Kampf mit den
bürgerlichen Parteien erfordern wird, sie fühlt sich aber für
diesen Kampf stark, denn ihre politischen Organisa-
tionen wachsen und die Zahl ihrer Anhänger nimmt
täglich zu.

Die deutschnationale Obstruktion.

Ein Verteidigungsversuch von Schulz-Bromberg.

Auch bei den Deutschnationalen herrschen starke Meinungs-
verschiedenheiten über die Taktik ihrer Reichstagsfraktion.
Unter dem Druck der öffentlichen Radikalisierung hatte die Fraktion
bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung unmög-
liche Forderungen hinsichtlich Preussens gestellt und damit
alles zum Scheitern gebracht, auf der anderen Seite hat sie sich
bereit gezeigt, alle Grundzüge preiszugeben, nur um in die
Regierung zu gelangen. Ein paar Tage später hat sie wieder
durch ihre Obstruktion gegen das Ermächtigungsgesetz gegen
die rein bürgerliche Marx-Regierung schärfste Opposition ge-
trieben und die Kluft zwischen sich und den Mittelparteien ver-
tieft. Infolge aller dieser Vorkommnisse ist ein heftiger
Führerstreit ausgebrochen. Die Absicht Helfferichs,
sich von der Parteitätigkeit ganz zurückzuziehen, ist davon nur
ein Symptom.

Nun unternimmt es der Abg. Schulz-Bromberg in
einem längeren Artikel in der „Kreuzzeitung“, die Obstruk-
tionstaktik der deutschnationalen Fraktion zu rechtfertigen. Er
geht dabei, um sich die Aufgabe zu erleichtern, von der falschen
Voraussetzung aus, als ob man sich außerhalb seiner Partei
über die deutschnationale Obstruktion förmlich entrüstet hätte,
und er bemüht sich, die Obstruktion als etwas moralisch Er-
laubtes hinzustellen. Besonders gekränkt ist er darüber, daß
er und seine Kollegen aus diesem Anlaß im „Vorwärts“ als
„Büchspolierer“ bezeichnet wurden. Dieser Ausdruck
ist aber nicht gebraucht worden, weil die Deutschnationalen
Obstruktion trieben, sondern weil sie am 6. Dezember unmittel-
bar vor der entscheidenden Abstimmung jede Erklärung dar-
über verweigerten, ob sie sich an der Abstimmung beteiligen
würden oder nicht. Das war ein jedem Parlamentsbrauch
widersprechendes hinterhältiges Verhalten.

Die Frage, ob es zulässig ist, daß anwesende Abgeordnete
ihre Beteiligung an einer Abstimmung verweigern und da-
durch die Besetzung des Hauses geringer erscheinen lassen, als
sie tatsächlich ist, wird stark umstritten. Sie bedarf unbedingt
einer Regelung im Sinne der Loyalität. Die Loyalität ver-
langt aber, daß jeder Abgeordnete, der tatsächlich anwesend
ist, auch als anwesend mitgezählt wird.

Die Deutschnationalen haben sich übrigens in schärfstem
Widerspruch mit sich selbst gezeigt, indem sie am Sonnabend
für die Wahlpflicht der Wähler stimmten, in der
folgenden Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz aber die
Abstimmungspflicht der Gewählten verneinten, indem sie
sich an ihr nicht beteiligten. Der Wähler soll polizeilich
gezwungen werden, sich in das Wahllokal zu begeben und
seinen Stimmzettel abzugeben, der Abgeordnete aber
soll, im Reichstagsaal sitzend, das Recht haben, sich eine
Tarnkappe aufzusetzen und sich unsichtbar zu machen.

Herr Schulz versichert zum Schluß: Zweck der deutschna-
tionalen Taktik sei es, den Gedanken einer Beschleunigung
der Wahlen lebendig zu erhalten. Das ist gar
nicht notwendig. Zum mindesten hat die Sozialdemokratie
gegen eine Beschleunigung der Wahlen nichts einzuwenden.
Allerdings verlangt sie zur Vereinerung des
Feldes durch Herstellung voller Wahlfreiheit. Wie recht die sozialdemokratische Fraktion hatte, wenn

sie nicht ohne weiteres in die Auflösung hineinschlittern wollte,
zeigt der neueste Vorgang in Sachsen, wo der regierende
General bei den bevorstehenden Gemeindevahlen ganze
Wahlvorschläge für „unbeachtlich“ erklären will. Wahlen, bei
denen der General den Wähler ins Wahllokal schleppt und
bei denen der General erklärt, welche Stimmzettel mitzu-
zählen sind und welche nicht, die könnten den Deutschnationalen
passen, die wäre noch schöner als die alten Dreiklassenwahlen!
Sorgt für Wahlfreiheit! Dann kann das
Wählen losgehen, früher und mit anderen Ergebnissen, als
es den Deutschnationalen lieb sein wird!

Maurenbrecher als Feldherr.

Er schlägt eine Anti-Ebert-Bewegung vor.

„Heute tritt der Vorstand der Deutschnationalen Volks-
partei zu einer Beratung zusammen. Wenn er ehrlich ist, muß
er an die Spitze seiner Ueberlegungen rückhaltlos das Be-
kenntnis setzen, daß wir im Kampfe um die Macht eine
Schlacht verloren oder wenigstens einen möglichen
Sieg nicht errungen haben.“ Mit diesen Worten leitete Max
Maurenbrecher in der „Deutschen Zeitung“, die gestern
das Pronunciamento des Herrn Schlange gegen die Ver-
fassung (vor wenigen Wochen war er noch Ministerkandidat)
brachte, seinen heutigen Leitartikel ein. Väterlich mahnend
redet er den Deutschnationalen gut zu, daß sie sich unterein-
ander vertragen möchten und als geborener Feldherr, wie
„Hannibal, Caesar, Napoleon und Hindenburg“ entwickelt er
einen neuen Schlachtplan zur Rettung der völkischen Be-
wegung. Er stellt ein „neues nächstes Ziel“ auf, „von dem
aus man das Endziel um so sicherer erreichen kann, anders
ausgedrückt, die Niederlage vom Dezember noch
in einen Sieg vom Januar oder Februar zu ver-
wandeln.“

Man reißt sich neugierig die Augen und liest staunend die
strategischen Pläne des neuen Feldherrn. Eine Anti-
Ebert-Bewegung soll es sein! Er schlägt eine „Ein-
heitsfront“ vor mit dem Ziele, auf „verfassungsmäßigem
Wege des Volkenscheitels die Neuwahl des Reichspräsidenten
zu erreichen“. Dem antimarxistischen Führer verleiht es
dabei gar nichts, ein „Zusammengehen der nationa-
len Opposition mit den Kommunisten“ ins
Auge zu fassen. Ebert erscheint ihm als der Todfeind der
deutschnationalen und deutschnationalen Diktaturgelüste:

„Der Vorschlag Ebert trifft die Revolution und alles, was aus
Ihr geworden ist, mitten ins Herz. Im Wahlkampf kämpfen wir
gegen einzelne Parteien oder gegen einzelne Männer, wie Strese-
mann oder Herrmann Müller oder sonst wen. Die Anti-Ebert-
Bewegung aber würde sich gegen denjenigen Namen richten, der
alles zu verantworten hat, was seit dem 9. November 1918 in
Deutschland geschehen ist, und noch ein reichlich Teil von dem mit,
was vorher geschehen war und was diesen 9. November erst
möglich gemacht hat. Im Kampf gegen Ebert kann man wie in
einem Brennpunkt alle Strahlen der völkisch-nationalen Bewegung
zusammenfassen. Jede einzelne Gruppe mag den Agitationskampf
führen, wie ihr es beliebt. In den Einwänden, die der einzelne
gegen Ebert vorbringt, mag Freiheit und Selbständigkeit herrschen.
Die Einheit bleibt doch gewahrt durch den gemeinsamen Gegensatz
gegen die Revolution vom 9. November und gegen all das Unheil,
was daraus gekommen ist. Die Anti-Ebert-Bewegung bietet die
reine Form, in der die große Abneigung mit der Revolution vor
den Volksmassen möglich wird, rarer auch, als augenblicklich ein
Wahlkampf es könnte.“

Die Einsicht, die Herr Schlange gestern in der „Deut-
schen Zeitung“ vertrat, daß die Deutschnationalen und Deutschna-
tionalen aus eigener Kraft niemals die Mehrheit erlangen
werden, scheint auch bei Herrn Maurenbrecher obzuwalten.
Auch er spekuliert auf die Unterstützung der antirepublikani-
schen Strömungen von links. Er rechnet damit, daß die
Kommunisten „nachdem sie fünf Jahre hindurch die Ebert-
Republik“ als ihren Todfeind bekämpft haben, in einer solchen
Bewegung ebenfalls die Parolen der Deutschnationalen auf-
nehmen müßten. Die bürgerlichen Parteien hält er für un-

zuverlässig. Die einzige Sorge ist für ihn die Sozial-
demokratie, wie ja überhaupt Deutschnationalen und
Deutschnationalen in der Sozialdemokratie den einzigen
bekämpfungswürdigen Feind erblicken. Auch da hofft
er auf Hilfe im Gebäude:

„Die Führung in der Sozialdemokratie ist mächtig gestiegen.
Die Angelegenheiten einer neuen Spaltung mehren sich von Tag zu Tag.
Man darf erwarten, daß der Kampf um Ebert diese Spaltung zum
Ausbruch bringen würde, und daß ein Teil der Sozialdemokratie
sich, mit den Kommunisten vereint, auch seinerseits gegen Eberts
Weiterregierung aussprechen würde.“

Es vervollständigt das Bild des genialen Strategen,
wenn man erfährt, daß er so klug sein will, auf ein offenes
Bekanntnis zu dem eigenen Ziel durch Nennung eines
eigenen Kandidaten für die Reichspräsidentenwürde von
vornherein zu verzichten. Erst soll durch gemeinsamen An-
sturm die Krise erzeugt werden und im Trüben hofft
man schon fischen zu können. Die Taktik ist nicht neu, die
Geaner der Republik haben sie in den letzten Monaten oft
genug benutzt. Höchstens haben sie ihre Weisheit nicht immer
so offen ausgeplaudert. Wenn alles so einfach wäre, wie die
Leitartikel der „Deutschen Zeitung“ zu schreiben sind, dann
können wir uns also auf den Sturz der Republik im Januar
oder Februar dank Maurenbrechers neuer strategischer Ent-
deckung gefaßt machen!

Maurenbrechers Verbündete.

Die Kommunisten schwanken bereits ein.

Das Zusammenarbeiten zwischen den Deutschnationalen
und Kommunisten scheint auch jetzt wieder wunderbar zu funk-
tionieren. Sollte es wirklich ein Zufall sein, daß an dem Tage, an
dem Maurenbrecher seinen Programmartikel gegen den Reichs-
präsidenten veröffentlicht, an den Plakatwänden kommunistische
Plakate kleben, die unter Ausnutzung der gewöhnlichen Infinitiv-
gegen den Reichspräsidenten zu gehen suchen. Der Gipfel der Frech-
heit ist es, wenn auf einem Plakat die Verleumdung eines „sozialdemo-
kratischen Arbeiters nach den Straßentempeln in Hamburg“ dem
Hilbe Eberts gegenübergestellt wird. Die Kommunisten verstoßen
hinzuzufügen, daß es sich wohl um einen bei ihrem verbrecherischen
Putsch von ihnen erschaffenen Arbeiter handelt. Sie sind und
bleiben, was sie immer waren, die besten Schrittmacher
der Reaktion.

Sollmanns Rede verboten!

Eine Verfügung „von Seiten des Wehrkreiskommandos“.

Aulu, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das Wehrkreis-
kommando Münster hat eine öffentliche Versammlung, in
der Reichstagsabgeordneter Sollmann sprechen sollte, in dem
Ort Dieringhauser, der zum Wehrkreis Sollmanns gehört, ver-
boten. Das Verbot ist erfolgt, obwohl die Polizeibehörde
des vollkommener ruhigen, an der Grenze des befohlenen Gebietes ge-
legenen Ortes, die Versammlung befürwortet hat. Gegen das
Verbot ist telegraphisch Beschwerde beim Reichswehrminister ein-
gelegt worden.

Wenn die Wehrkreiskommandos solche Verfügungen
treffen können, so trägt der Reichswehrminister dafür die mo-
ralische und politische Verantwortung. Die einzelnen Generale
sind zumeist so weit der Politik entfernt, daß sie aus Eigenem
taum die politische Fernwirkung ihrer Verbote und Verfügun-
gen erkennen können. Aber wenn ihnen schon durch den Aus-
nahmestand die ganze Exekutive anvertraut ist, dann sollten
sie wenigstens so deutsche Richtlinien für ihr Verhalten be-
kommen, daß es nicht vorkommen kann, daß eine Versammlung
eines Mannes verboten wird, der noch vor kurzem Minister-
kollege des Herrn Geßler war und der doch auch sonst im Lan-
de einigen Ruf hat. Wenn der rheinische Abgeordnete Sollmann
im befohlenen Gebiete — wenigstens soweit das britische Revier
in Betracht kommt — unbeanstaltet zu seinen Wählern
sprechen kann, aber im nicht befohlenen Gebiet ihm das durch
den Reichswehrminister in Münster unmöglich gemacht wird,
so muß das allerdings das deutsche Ansehen in der Welt un-
geheuer steigern!

„Kroll“ vor der Vollendung.

Wenn nicht im allerletzten Augenblick etwas Unvorhergesehenes
dazwischen kommt, wird die „Oper am Königsplatz“, das ehe-
malige „Etablissement Kroll“ am ersten Weihnachtsteler-
tag eröffnet werden. Wer geht an dem riesigen Gebäude vorüber,
sieht bereits deutlich, daß die Arbeiten sich ihrem Ende nähern.
Die Gerüste sind entfernt, die Bauzüge werden niedriger. Wohl
lagern noch Sand- und Ziegelhaufen; wohl sind die Fenster noch teil-
weise kaltsbespritzt; wohl sieht man noch manches Unvollendete. Und
tatsächlich wimmelt es um den Bau und in dem Bau auch noch von
einer Schaar fleißiger Arbeiter. Aber es geht zum Besten. Und alle
Kraft wird eingesetzt, um möglichst rasch fertig zu werden. Teilweise
wird mit mehreren Schichten gearbeitet. Selbst Sonntags ruht die
Arbeit nicht.

Es hat lange gedauert, bis der Umbau der ehemaligen Kroll-
Oper soweit kam. Zunächst ging viel Zeit ins Land, bis die Umbau-
pläne vom Stadtbauamt genehmigt und Schwierigkeiten, die die
städtische „Verschönerungskommission“ machte, beseitigt waren. Dann
happerte es bei der Materialbeschaffung; die zugesagten Lieferungen
blieben wieder und wieder aus, weil die Eisenbarone es vorteilhafter
fanden, ihre Träger ins Ausland abzusehen. Auch die großen Arbeits-
kämpfe wirkten hemmend. Schließlich war es aber auch ein ge-
waltiges Stück Arbeit, das bei diesem Umbau bewältigt
werden mußte.

Das alte Kroll-Theater wird im Innern des Gebäudes nicht
wieder zu erkennen sein. Der Theaterraum, mit einer von Caesar
Klein gemalten Decke, mit rötlichem Holz getäfelte, mit einem vor-
springenden und einem nach hinten eingebauten Ring, hat eine völlig
neue Gestalt bekommen und sich so gemeitelt, daß er jetzt 2300 Be-
suchern Sitzgelegenheit bietet. Die Bühne — mit zwei Seiten- und
einer Hinterbühne — hat Dimensionen, wie wohl kaum eine andere
Bühne Deutschlands, und die denkbar beste Maschinerie. Unter dem
Parkett eine weite Halle für die Garderobenabgabe, um das Parkett
und um jeden Ring weite, architektonisch reich gegliederte, farben-
traube Umgänge, ein besonderes Foyer — all das nach den Ent-
würfen Ostor Kaufmanns fertiggestellt, wird den Besuchern
stark Eindrücke vermitteln.

Die Berliner Bevölkerung wird die Eröffnung des neuen Opern-
hauses freudig begrüßen. Es ist nicht die „Volkshöhle“ am Königs-
platz geworden, die dort ursprünglich geplant war: Der Verein „Volkshö-
hle“, der den Gedanken des Umbaus faßte, alle Vorarbeiten traf,
den Bau gut zur Hälfte mit eigenen Mitteln durchführte, war schließlich
durch die Unlust der Zeit gezwungen, dem Staat die Fertig-
stellung und die Bewirtschaftung des Hauses zu überlassen. So wird
der neue Bau denn „Oper am Königsplatz“ heißen. Aber in ganz
anderem Maße als das Haus Unter den Linden wird dieser staatl. Opern-
betrieb doch der wertvollen Bevölkerung Berlins zugute

kommen. Ist der Verein „Volkshöhle“ auch nicht mehr völlig „Hort
im Hause“, so hat er sich doch für 25 Jahre in jeder Vorstellung die
Hälfte aller Plätze gesichert, und zu Bedingungen, die es ihm
möglich machen, können 150 000 Mitgliedern die Vorstellungen zu
dem üblichen einheitlichen Volksbühnenbeitrag (für jede Vorstellung
einschließlich Zettel und Kleiderabgabe 1,20 M.) zu bieten.

Keine Frage, daß die Berliner „Volkshöhle“, indem sie der
arbeitenden Bevölkerung Berlins diese Möglichkeit zum Besuch
billiger guter Opernvorstellungen schuf, sich ein großes Verdienst er-
worben hat. Sie wird die Dankbarkeit der Berliner an einem Zu-
strom zahlreicher neuer Mitglieder spüren. Wie uns mitgeteilt wird,
ist die „Volkshöhle“ ihrerseits darauf gerüstet: 30 neue Abteilungen
sind eingerichtet, um die sich neu anmeldenden Mitglieder aufzu-
nehmen. Allerdings wird sich mit seiner Anmeldung belegen müssen,
wer nicht zu spät kommen will.

Die Staatsfeiern der Reichsregierung.

Der vom Verlog für Politik und Wirtschaft (Otto Stollberg,
Berlin) herausgegebene „Reichskalender für 1924“ ist
soeben erschienen. In seiner einfachen, künstlerisch vornehmen
Ausstattung kann er als das Muster eines volkstümlichen, für
Massenverbreitung (Preis 1 Goldmark) bestimmten Buches gelten.
Das nicht nur die praktischen Aufgaben eines Kalenders erfüllen,
sondern auch der Erziehung des deutschen Volkes zu moderner
republikanischer Staatsgesinnung dienen will. Ein wertvoller Bei-
trag des früheren Reichsjustizministers Genossen Radbruch über
„Partei und Staat“ und ein Artikel von Robert Stam über
„Ernst Rorich Arndt“ seien aus dem reichhaltigen Inhalt besonders
hervorgehoben.

Es war ein glücklicher Gedanke des Verlegers, bei der Aus-
stattung des Kalenders engsten Anschluß an die Arbeiten des
Reichskunstwartes zu suchen. Künstler, die sich Dr. Redlob für
keine Aufgaben herangezogen hat, haben den Buchschmuck des Ka-
lenders besorgt. Besonders schön ist der von Ernst Böhm ent-
worfenen schwarzgelbe Umschlag mit dem in monumentalem
Plattenaufbau streng gegliederten Reichsadler und der einwärtsam
wichtigen Titelschrift. Das Ruhr-Gedankenblatt von Walter
Klemm, das der Reichspräsident am Verfassungstage emigrieren
Mitwirkenden überreichen ließ, ist dem Kalender als wertvollster
Schmuck beigegeben.

In einem feinen und gedankenreichen Aufsatz spricht der Reichs-
kunstwart von den Staatsfeiern der Reichsregierung.
Als Gegengewicht zu der auf Nüchternheit und Kritik gestimmten
„Atmosphäre“ — heißt es darin — „die von Seiten des Parlamentes
aus das Leben des Volkes eindringt und eindringen soll, wird im
neuen Deutschen Reich immer mehr ein ausgleichendes Verhalten
nach Form und repräsentativer Ansehen fähiger,
das durchaus nicht von einem abgelebten „Gestern“ kommt, sondern
bewußt und gekostet ein „Morgen“ denkt. Im Zusammen-
hang mit dieser Bemerkung stehen auch die im Reichskunstministerium
des Innern besorgten Arbeiten auf dem Gebiet der Formgebung

des Reichs, deren Gestaltung Sache des Reichskunstwartes ist. Inner-
halb dieses Aufgabengebietes — nimmt die Frage der staatlichen
Feiern eine besondere Stellung ein. Hier hat die Absicht, ein
Sinnvolles Tradition zu schaffen und eine Form zu finden, in der sich
Volksstum und Staatswürde zu erfüllen vermag, verhältnismäßig
schnell Verständnis und Mithilfe gefunden.

Der Reichskunstwart gibt dann eine Uebersicht über die bisher
vom Reich veranstalteten Feiern (Verfassungstage, Trauerfeiern für
Nathusen und für die von feindlichen Augen gezielten Krupp-
Arbeiter) und knüpft daran die Betrachtung: „Nicht eitle
Ruhmsucht, sondern Trauer und Unglück lassen
die Formgebung des neuen Reiches entstehen.
Aber gerade daraus entwickelt sich ein Gepräge, das allen das Ge-
fühl der Zugehörigkeit zu einer Schicksals-
gemeinschaft zu geben vermag.“

Der Artikel schließt mit den Worten: „Vor allem aber war
die Aufgabe erfüllt, daß die Jugend begonnen hat, in Ver-
bindung mit dem Verfassungstage sporadische Wettkämpfe zu
veranstalten. . . . Nur dann, wenn entsprechend diesen Wett-
kämpfen der deutschen Jugend auch die kulturellen, heimischen,
gesellschaftlichen und sonstigen ähnlichen Verbände ihre besonderen Ziele
für einen Anlaß betrachten, dieselben feierlich mit dem Gedanken
an die großen nationalen Aufgaben und Pflichten für das Vater-
land sichtbar zu vereinen, wird dieser Tag zu einem National-
feiertag aller Deutschen werden, die für den Reichsgedanken
und den Wiederaufbau Deutschlands eintreten. Zu dieser Ent-
wicklung haben die von der Reichsregierung selbst veranstalteten
Feiern manches beigetragen, und besonders dürfte der Wert der
Feiern sein, daß sie das unterem Volk in laffender Zeit lebensnah-
wendige Bekenntnis zum Reichsgedanken entwickeln,
eine Zustimmung, die gerade darum so ernst und innerlich ist, weil
unser Reich nicht karne feste feiert, sondern mühsam und unter
ungeheuren Schwierigkeiten um sein Leben und seine Lebensform
ringen muß.“

Gegen die Schulbüchernot. Die Beschaffung von Schulbüchern
macht immer größere Schwierigkeiten. Man befürchtet, daß zu
Ostern der überwiegende Teil aller Eltern dazu außerstande sein
wird. Verschiedene Maßnahmen einzelner Schulbehörden werden
deshalb jetzt dem ganzen Bereich der Schulpflicht zur Nach-
ahmung mitgeteilt. Die Schulen sollen die Verfertigung ihrer
Schulbücher mit den notwendigsten Büchern zu ihrer eigenen An-
gelegenheit machen. In Betracht kommt vor allem eine Weiter-
gabe der unbenutzten, aber noch brauchbaren Bücher an die
aufsteigende Klasse gegen Bücher der neuen Klasse im ent-
sprechenden Gegenwert. Es kann auch ein Tausch mit ande-
ren Schulen in Frage kommen, wenn etwa die Schulpflicht
ändert oder eine andere fremde Sprache eingeführt wird. Für
Befehl kommt ein Tauschverkehr, insbesondere zwischen verfähre-
ren Anstalten desselben Ortes oder auch mehrerer benachbarter Orte
in Frage, besonders an Orten mit mehreren höheren Lehranstalten.

Der Hebelpreis 1923 wurde dem Dichter Carlo Bozzano P. H. H. P.
für sein Buch „Das ständige Gummelnd“ und seine Komposition „Die
Welt im Rückpunkt“ zuerkannt.

Gehaltskürzung der Beamten.

Der Finanzminister an Malkahn.

Auf den in der Presse veröffentlichten Einspruch des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt v. Malkahn, gegen die in ihrem Ausmaß geradezu unverständliche Gehaltskürzung, die die Reichsregierung angeordnet hat, erhielt er einen Brief des Reichsfinanzministers Dr. Luther, der in seiner Tonart wert ist, auch der Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Hier sein Wortlaut:

Von dem Schreiben vom 29. November d. J., in dem gegen die in Aussicht genommene Gehaltskürzung Stellung genommen wird, habe ich mit äußerstem Bedauern Kenntnis genommen.

Die deutsche Finanzwirtschaft steht vor ganz ungeheuren Schwierigkeiten, von deren Behebung geradezu der Fortbestand des Deutschen Reiches abhängt. Ich verstehe nicht, wie bei dieser Sachlage die Reichsregierung sich verantworten kann, dem Reichsminister der Finanzen eine so schwierige Aufgabe noch mehr zu erschweren durch eine Stellungnahme, die an der harten Wirklichkeit einfach vorbeigeht und eine völlige Verkennung der Lage des Reiches offenbart.

Die in dem Schreiben vom 29. November angelegenen Tatsachen sind, soweit sie zutreffen, selbstverständlich auch mir und den übrigen Herren Reichsministern bekannt. Auch ich — als der für die Beamtenbefolgung federführende Minister ganz besonders — würde es mit großer Erleichterung begrüßen, wenn es möglich wäre, den Beamten nicht nur den allernotwendigsten, sondern einen angemessenen Unterhalt zu gewährleisten. Es kann aber nichts nützen, Unmögliches zu fordern und das gerade noch Mögliche für nicht tragbar zu erklären. Durch das Vorgehen des Auswärtigen Amtes ist lediglich erreicht worden, daß sich die Beamtenorganisationen, die am Mittwoch die Bekanntgabe der geplanten Gehaltskürzung mit Äußerungen schwerer Sorge, aber verständigerweise ohne Kundgebungen des Unwillens entgegengenommen hatten, eine bedenkliche Beunruhigung bemächtigt hat. Die Organisationen, denen der Inhalt des dortigen Schreibens selber sofort bekannt geworden ist, müssen aus diesem den Eindruck gewinnen, daß es bei gutem Willen sehr wohl möglich wäre, durch geeignete Maßnahmen auf anderen Gebieten diejenigen Ersparnisse zu erzielen, die eine auskömmlichere Beamtenbefolgung ermöglichen würden. Die Folgen, die hieraus entstehen können und entstehen werden, muß ich der dortigen Verantwortung aufbürden.

Ich würde im übrigen Gelegenheit nehmen, in einer der nächsten Sitzungen des Reichskabinetts auf das Schreiben des Auswärtigen Amtes zurückzukommen und Beschlüsse anzuerkennen, die geeignet sind, die Wiederholung eines solchen Vorgehens zu verhindern, das ich als im höchsten Grade bedauerlich und als dem Staatswohl abträglich bezeichnen muß, zumal es ansehend in erster Linie die Interessen der höheren Beamten im Auge hat. Inwiefern im übrigen die Beamten des auswärtigen Dienstes größeren Gefahren als die anderer Ressorts ausgesetzt sein sollen, ist mir leider nicht verständlich geworden.

Die übrigen Herren Reichsminister haben Abschrift erhalten.

Man muß zugeben, daß der Reichsfinanzminister außerordentlich knurrig werden kann und es wäre durchaus begreiflich, daß der Staatssekretär, der so abgerüstet wird, ein Disziplinärverfahren beantragt. Da er das nicht gut gegen eigene Minister tun kann, hat er es gegen sich selbst beantragt, wahrscheinlich um sich auf diesem Wege Gehör zu lassen, daß sein Einspruch wirklich von der Sorge um die Integrität des Beamtenstandes ausgeht.

Die Helden vom Bürgerbräu.

Ludendorff stellt fest.

Der Rechtsbeistand Ludendorffs verendet zu den Erklärungen Kohrs und Hillers über den Münchener Putsch folgende Erwiderung:

1. General Ludendorff ist genau so von der Tat Hillers überredet worden, wie die Herren v. Kahr, v. Lossow und v. Seißer; er hat genau so ohne Zwang wie diese Herren auf die Frage Hillers erklärt, daß er der Sache zur Verfügung stehe, nachdem die Tat einmal geschehen sei; er hat genau so wie diese Herren ohne Zwang und ohne Falsch seine Zusage Auge in Auge gegeben und mit Handschlag bekräftigt.

2. Dem General Ludendorff haben die Herren v. Kahr, v. Lossow und v. Seißer niemals ihr gegebenes Wort aufgekündigt, er ist vielmehr bis zum Freitag (den 9. November) vormittag durch Handlungen und Äußerungen in seinem Glauben bekräftigt worden, daß die Herren zu ihrem Worte stehen.

3. General Ludendorff hat nach Austausch der Berichte über das Abschwenken von Reichswehr und Polizei Herrn v. Lossow am Freitag morgen in Kenntnis gesetzt, daß bei einem Zusammenstoß der Kampfband nicht schießen würde, während in der Reichswehr um 10 Uhr vormittags befohlen worden ist, bei einem Zusammenstoß sofort zu schießen und scharf hinzuhalten. Beim Abmarsch der Hitler-Leute aus dem Bürgerbräukeller hat General Ludendorff „Entladen“ befohlen, was restlos befolgt wurde. Es ist unklar, daß der erste Schuß von den Hitler-Leuten gefallen ist, sie befanden sich noch mit umhängtem Gewehr in Bewegung, als der Feuerbefehl auf sie blühte und schlagartig einsetzte. Es bleibt die Tatsache bestehen, daß Reichswehr und Polizei ohne Anruf, ohne Signal und ohne Warnung das Feuer auf den Zug eröffneten, in dessen erster Reihe General Ludendorff ging.

Die Rohbauerei zwischen den Retsern Deutschlands geht also weiter. Man muß sich wundern, daß Leute wie Kahr, Lossow und Seißer, die im Mittelpunkt einer blamablen und gemeinheitschändlichen Hinterlistigkeitschelte stehen, noch immer die führende Rolle in einem Lande spielen. So etwas ist nur in einer reaktionären Ordnungsgasse wie Bayern möglich.

Baldige Reichstagswahlen!

Ein Beschluß der Kölner Sozialdemokratie.

Köln a. Rh., 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In einer stark besuchten Funktionärerversammlung der Kölner Sozialdemokratie, in der Reichstagsabgeordneter Sollmann referierte, wurde nach längerer Debatte eine Entschließung mit starker Mehrheit angenommen. Sie lautet:

„Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes schafft eine für die Sozialdemokratie nur schwer und für kurze Zeit tragbare Lage. Die Versammlung erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie die Reichsregierung und den Gebrauch des Ermächtigungsgesetzes stark überwacht. Sobald für die Waffen des Volkes verheißene Verordnungen erlassen werden, ist auf die Einberufung des Reichstages und auf die Aufhebung der Verordnungen zu drängen. Wir fordern, daß die Partei im Rahmen der allgemeinen staatspolitischen Verantwortung die Bewegungsfreiheit annimmt, die ihr als Oppositionspartei gegeben ist. Baldige Reichstagswahlen, denen die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und das Verbot politischer Parteien vorausgehen, sind eine Notwendigkeit.“

Von Treptow nach Syrien.

Wer ein richtiger Treptower ist, der ruht sich auch ohne Paß durch die Welt. Das beweist das Abenteuer eines 10jährigen Kurt H. aus der Kleefholzstraße in Treptow, der am 9. Oktober seiner Mutter ausgerittten war.

Nachforschungen nach dem Vermissten hatten zunächst keinen Erfolg. Jetzt ist bei der Mutter von einem Maschinenoffizier des Lloyd-Express auf Dampfer „Gastin“ ein mit dem Poststempel Konstantinopel versehenes Brief eingetroffen, wonach sich der abenteuerliche Bursche in Syrien befindet. Er wurde nach der Abfahrt von Alexandrien auf der Reise nach Palästina zwischen anderen Passagieren ohne Paß und Geldmittel entdeckt. In Palästina, das von den Engländern besetzt ist, herrscht strenge Paßkontrolle. Hier an Land zu kommen, gelang dem kleinen Durchdränger nicht. Er wurde deshalb nach Haifa mitgenommen, konnte aber auch hier nicht landen. Die Araber weigerten sich, ihn ohne Paß an Land zu bringen. So ging die Fahrt weiter bis nach dem von den Franzosen besetzten Beirut, wo die Ausschiffung ohne Paß ebenfalls eine Unmöglichkeit ist. Jetzt verließ Kurt H. zur Nachtzeit schwimmend das Land zu erreichen. Er band die Kleider am Kopf fest, kam auch glücklich an Land, ging hastig durch die Straßen Beirut, wurde von einer französischen Nachtpatrouille aufgegriffen und nach dem Dampfer „Gastin“ zurückgebracht. Beim Trocknen der Kleider im Maschinenraum wurden dann von dem Maschinenoffizier Papiere mit der Treptower Adresse des Burschen gefunden. Am 27. Oktober wurde Tripoli in Syrien erreicht. Hier kaufte er einen Araber mit einem Paßbüchlein aus und kam in der Barke des Arabers an Land, von wo er sich nach dem 120 Kilometer entfernten Haifa, am dort bei bekannten Reisepassagieren Arbeit zu finden, durchschleichen wollte. Wie Kurt H. dem Schiffsoffizier erzählte, hatte er bei der Abfahrt von Berlin nur vier Milliarden in deutschem Papiergeld bei sich. In Triest betrat er als Gepäckträger für andere Passagiere den Dampfer „Helwan“, der zur Ausreise nach Alexandrien im Hafen lag, versteckte sich im Schifferraum, um der Schiffskontrolle zu entgehen, und kam dann in gleicher Weise auf den Dampfer „Gastin“.

Das möge aber keineswegs zur Nachahmung anregen. Der kleine H. hat, wie der Schiffsoffizier schreibt, ausnahmsweise ein erstaunliches Glück gehabt.

Notruf eines Familienvaters.

Mit Frau und fünf Kindern vor dem Nichts.

Die dauernde Not macht stumpf, müde und wortarm. Wozu reden? Wozu klagern? Es hilft ja doch nichts! Nur von Zeit zu Zeit rafft sich einer dieser Vermissten auf, um in einer Versammlung oder durch eine Zeitschrift seine Not herauszuschreien. Eine derartige erschütternde Zeitschrift lassen wir folgen:

Als langjährig organisierter Parteigenosse muß ich Veranlassung nehmen, mich einmal an die Redaktion meiner seit 1905 gehaltenen Zeitung zu wenden. In meiner bitteren Notlage mußte ich letzten Herbst als Abonnent unterbreiten. Können Sie sich hineinversetzen in die Lage eines mit Kindern reich gesegneten Familienvaters, welcher mehrere Wochen Kurzarbeiter war, bis Kurzarbeiterunterstützung völlig entwertet wurde, und jetzt seit zwei Monaten völlig erwerbslos ist? In meinem Beruf als Tischler ist auf dem paritätischen Arbeitsnachweis nach der Vermittlungsart (laufende Nummer) nach langer Arbeit zu erhalten. Bei fünf schulpflichtigen Kindern ist es unmöglich, von der Unterstützung (letzte Woche noch nicht 90 Mark für sieben Personen) zu existieren. Im Hause kein Stückchen Kohle mehr zum Kochen der letzten im Herbst gestopelten Kartoffelration. Die Unterstützung geht fast drauf für trodenes Brot, denn sieben Personen brauchen in sieben Tagen viel. Zu dieser Not kommt als Schlimmstes hinzu die seelische Verfassung der Ehefrau. Und die sieben kleinen Kinder, aus deren Augen schon das Verhängnis für dies Gend herausguckt, körperlich und geistig mit Leiden zu sehen, schmerzt mehr als eigener Hunger. Nun ist in wenig mehr als einer Woche das Fest der Liebe. Sollte es nicht möglich sein, durchzuforschen, daß wenigstens jetzt vor Weihnachten etwas für die Kinderreichen geschieht? Vielleicht ein besonderer Satz als Brotzuschuß, den es vorletzte Woche schon einmal gab, in recht genau berechneter Höhe? Parteigenossen, die ihr wenigstens etwas Einfluß ausüben könnt in dieser Beziehung, ich ersuche euch, tut es, so weit es möglich ist, gerade jetzt zur Winterweihnachtszeit. Wer ist denn in der Parte, glücklichere Verhältnisse im Ausland zu haben, um sich etwas schicken zu lassen? Ich weiß, daß Kinder aus besser gestellten Berufen nach Schweden zur Erholung geschickt wurden. Ich selbst war die ganze Woche hindurch gezwungen, aus der Hand in den Mund zu leben. Jetzt aber droht das schwarze Gespenst rettungsloser Not, das einem ins Lumpenproletariat hinabzerrt ohne eigene Schuld. Soll ich mit meiner Frau und meinen fünf Kindern denn wirklich buchstäblich verhungern? Gibt es in dieser Stadt mit vier Millionen Menschen nicht ein paar Tausende, die Zeit und ein wenig ehrliche reine Menschenliebe haben, um uns Verhungenden über diese grauliche Zeit hinwegzuhelfen, damit wir nicht vollends der Verzweiflung ausgeliefert werden? Und wo bleibt der Staat, wo die Gemeinde, wo die Wohlfahrtspflege?

Der Mord in der Schaperstraße.

Die Leiche der Kontoristin Mojewski wurde gestern, nachdem sie so wie sie gefunden, mit dem abgebundenen Saß fotografiert und nach dem Reichenschaushaus überführt, wo heute die ärztliche Untersuchung stattfinden soll, die ergeben dürfte, ob es sich, wie der Verhaftete angibt, um einen Unglücksfall handelt oder ob ein Mord vorliegt. Die Leiche ist links von der Nasenpitze in den Kopf eingedrungen, hat wahrscheinlich das Gehirn verletzt und den Tod sofort herbeigeführt. Aus Äußerungen der Erschossenen gegenüber ihren Freundinnen hatte Roghmar eine Meinung, mit einer Schusswaffe zu spielen. Er tat das auch schon bei dem ersten Besuch der Mojewski in seiner Wohnung. Die Mutter Roghmars wurde gestern abend nach einem eingehenden Verhör unterzogen, in dessen Verlauf sie gestand, ihrem Sohn bei der Fortschaffung der Leiche behilflich gewesen zu sein. Ueber den Tod des Mädchens macht sie folgende Angaben: Die Wohnung in der Schaperstraße 11 fand ihrem Sohn allein zur Verfügung, weil sie mit ihrem zweiten Manne in der Zwinallstraße, wo sie das Geschäft betreiben, wohnt. Ihr Sohn sei am Montag, den 3. Dezember, abends in die Wohnung nach der Zwinallstraße gekommen und habe ihr unter Tränen erzählt, daß das Mädchen sich in der Wohnung in der Schaperstraße selbst erschossen habe. Sie sei dann auf sein Bitten bei der Beseitigung der Leiche behilflich gewesen. Sie hätten die Leiche in der Schaperstraße in einen Saß gepackt, auf einen bereitstehenden Handwagen geladen und sie zunächst nach der Zwinallstraße gebracht. Dort hätten sie den Saß noch in einen Koffer gepackt und seien mit diesem nach Beelitz gefahren, wo sie sie begraben. Den Korb hätten sie irgendwo im Walde stehen gelassen.

Neuergeleht auf der Straße.

In dem Zigarrengeleht der Frau Jach in der Plantagenstraße 1 erlitten gestern abend um 5 1/2 Uhr drei Männer, von denen einer eine Pistole zog, so der Geschäftsfrau vorhielt, während die beiden anderen mehrere Riten mit Zigarren zusammenpackten und damit den Boden verklebten. Der Räuber mit dem Revolver ließ noch einige Sekunden im Boden und vorließ ihn dann ebenfalls. Die Frau alarmierte das Ueberfallkommando, das auch alsbald erschien; doch waren die Räuber unterdessen schon verschwunden. — Eine Händlerin Regerwald aus der

Münchener Straße wurde in der Nacht um 2 1/2 Uhr auf dem Wege von ihrer Wohnung zum Görlicher Bahnhof von drei Räubern überfallen. Auf ihre Hilferufe waren alsbald Beamte der Schutzpolizei zur Stelle, die die Verfolgung der fliehenden Räuber aufnahmen. Diese schossen auf die Beamten, die das Feuer erwiderten. Getroffen wurde niemand. Es gelang jedoch, zwei der Räuber festzunehmen. Es sind ein 27 Jahre alter Erich Hacker und ein 24jähriger Erich Kupflich. Bei einem wurde ein Fläschchen mit Chloroform, mehrere Verbandpäckchen und eine Pistole mit 7 Patronen vorgefunden.

Der Reinickendorfer Frauenmord.

Verlagung der Verhandlung.

Unter großem Andrang des Publikums begann heute früh die Verhandlung gegen den Kaufmann Erich Weiß, der beschuldigt ist, am 5. September dieses Jahres die Krankenschwester Hedwig Pitzig in seiner Wohnung Dahnstr. 4 ermordet und beraubt zu haben.

Der Staatsanwaltschaftsrat Berger-Sandefeld stellte mit Rücksicht auf die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Tat stehenden Erwägungen hellester Art den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Bindar, widerspricht diesem Antrage; es handle sich um einen Raubmord und keinen Sexualmord. Das Gericht beschloß mit Rücksicht auf die Erörterungen sexueller Art den Ausschluß der Öffentlichkeit; die Anwesenheit wurde nur der Presse und den nicht ausgetretenen Geschworenen gestattet. Die Verhandlung kam aber bald zu einem lässigen Ende. Zunächst mochte der Angeklagte ganz ruhig Karablen über sein Verleben und seine Ehe, die er als öffentlich bezeichnete. Im August sei seine Frau zu den Eltern gefahren, da ihre Mutter krank war. Er habe sich in Schanden gefunden und deshalb die Wohnungseinrichtung ohne Wissen seiner Frau veräußert. Nachdem er das Geld in der Tasche hatte, sei er eines Tages durch die Friedrichstraße gegangen. Am Bahnhof Friedrichstraße sah ich ein hübsches Mädchen stehen, die mich ansah. So wie ich vorankam, sprach ich sie an, und sie war gleich bereit, mit mir mitzukommen. Wir gingen zunächst in die Gerold-Weinstuben und dann in den Wintergarten. Schließlich nahm ich sie mit in meine Wohnung. Ich habe ihr aber gleich erklärt, daß ich verheiratet bin und daß meine Frau nur verreist wäre. Im anderen Mittag verlor ich das Mädchen dauernd, daß ich sie heiraten sollte und mich scheiden lassen sollte. (Laut aufweinend.) Sie quälte mich so und im wurde so unklar, daß ich nicht weiß, was ich weiter gemacht habe. — Der Anwalt schlägt dann lang auf die Erde hin und wendet sich plötzlich in Krampfanfällen. Nach langen Bemühungen des Gerichts um ihn erkrähte der Sachverständige, Med.-Rat Dr. Thiele, daß die ganze Natur des Unfalles für seine Echtheit spreche; er beantragte, Weiß zur Beobachtung auf seine Anwesenheit und 8 Wochen einer Anstalt zu überweisen. Das Gericht beschloß demgemäß, die Verhandlung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Reisen auf Abzahlung.

Um weiteren Kreisen Gelegenheit zu geben, für später auszuführende Reisen das Fahrgehalt nach und nach anzuschließen oder eine Sommerreise gemittelter machen auf Abzahlung zu kaufen, führt die Reichsbahn am 17. Dezember 1923 wertvolle Vorteile über Beträge von 2 und 5 Goldmark ein. Diese werden an sämtlichen Fahrkarten- und Gepäckstellen der Reichsbahn bei der Pflanzung von Fahrkarten aller Art an Pahlmestern angenommen, also z. B. auch zu Ferienlokalitäten, Jugendlokalitäten und sonstigen Lokalen für die Fahrkarten-ermäßigung bezieht, ebenso bei Pflanzung von Zeitkarten, Fahrkarten, besten usw., und zwar auch im Verkehr mit Privatbahnen und mit dem Auslande. Die Vorteile werden in Form von Ermäßigungen der Fahrkarten — die über 2 Goldmark lautenden in grüner, die über 5 Goldmark lautenden in roter Farbe — mit nachfolgendem Refund aufgelegt. Deutsche Reichsbahn. Gültig bis 31. 12. 24. Diese Karte wird mit 2 Goldmark an allen Stellen der Deutschen Reichsbahn beim Lösen von Fahrkarten und Abfertigung von Gepäck in Zahlung genommen. Kein gesetzliches Zahlungsmittel. Keine Einlösung in bar. Die Einlösung von Geldwerten an Stelle von z. B. Kilometerchein ist gewählt, um auch die Benutzung bei Fahrten mit Preisermäßigung und die Gepäckabfertigung ohne weiteres zu ermöglichen.

Kundgebung republikanischer Studentenverbände. Morgen, Freitag, den 14. November, abends 1/8 Uhr, findet im Plenarssaal des Herrenhauses, Leipziger Straße, eine öffentliche Kundgebung der Arbeitersolidarität republikanischer Zentrumstudenten, des demokratischen Studentenbundes und der Sozialdemokratischen Studentenvereine zu dem Thema „Die Krise des Reichs und des Reichsparlamentes“ statt. Mehrere des Abends sind: Reichsminister a. D. Hugo Preuß, Leopold Voos, M. d. R., und der Sekundäre in Brüssel, Genosse Dr. Landsberg. Da Genosse Dr. Landsberg noch mehrfacher Abwesenheit zum ersten Male wieder vor der Öffentlichkeit das Wort ergreifen wird, rechnet die Sozialdemokratische Studentenvereine auf eine starke Beteiligung aus parteigenössischen Kreisen, insbesondere der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Jungsozialisten.

Der Droppreis beim Konjum. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung teilt uns mit, daß sie ab Donnerstag, den 13. Dezember, Brot zu folgenden Preisen in ihren 164 Verkaufsstellen abgibt: helles Roggenbrot 63 Pfennig, dunkles Roggenbrot 58 Pfennig. — Der offiziell festgesetzte Preis des Bäckerbrottes beträgt dagegen, wie mitgeteilt, 69 Pfennig.

Ein 17jähriger Desautant. Der Bureaubote Willy Haffowitzky, der vor einem Jahre bereits bei einer hiesigen Geldmetallhandlung einen größeren Geldbetrag unterschlagen hatte, ist neuerdings nach Berührung einer hohen Summe und eines großen Postens Zigarren und Zigaretten zum Schaden der Wobler Tabakwarenfabrik Vinkle schuldig geworden. Er versucht außerdem, als Vertreter der geschädigten Firma Bestellungen auf Tabak und Zigaretten gegen Vorauszahlung zu erhalten. Das holländische Bürschchen ist 17 Jahre alt, 1.70 Meter groß und schlank. Er hat dunkelblondes, lins gefärbtes Haar, das im Nacken und geschlitten ist. Besonders auffällig sind seine aufgeworfenen Lippen und seine starken Augenbrauen. Die Firma hat für die Festnahme des Desautanten eine wertvolle Belohnung festgesetzt. Etwaige Nachrichten erbittet Kriminalkommissar Riese im Polizeiamt Tiergarten.

Zur Umstellung des Postbedarfs. Der Reichspostminister hat von der ihm erteilten Erlaubnis, bei der jetzt zur Durchführung kommenden Umstellung des Postbedarfs auf Revisionen für die Umrechnung der auf den Konten vorhandenen Guthaben in Rentenmark eine Höchsthöhe festzusetzen, keinen Gebrauch gemacht. Die Guthaben werden also in voller Höhe in Rentenmark umgerechnet.

Ausnahmestund und Republik. In das Thema, über das am Freitag, den 14. Dez., abends 8 Uhr, im Lehrervereinshaus, Nr. 18 Verände des Deutschen Friedensfortes Senatpräsident Aronow, Dr. v. Grelat, General Dier, Polizeidirektor Schimmler und Oberst Seeger von verschiedenen Gesichtspunkten aus sprechen werden. Eintritt 20 Pf., Reduzierte frei.

Gemeindefürsorge. Ueber dieses Thema sprechen heute abend bekannte Sozialreformer in den bekannten Rathenowlokalen in Steglitz. Die Parteianfragen werden erlaubt, öffentlich und zahlreich mit ihren Frauen zu teilnehmen. Es geht um das Wohl der Kinder.

Eine Weltreise im Fastboot. Von Landshut an der Donau aus hat der Oberleutnant Gustav Hiller eine Weltreise im Fastboot angetreten.

